

18.06.2008



RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Mag. Heuras und Waldhäusl

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009,
Ltg. 28/V-6-2008

betreffend zusätzliche finanzielle Mittel für Niederösterreichs Blaulichtorganisationen

Die Rettungsorganisationen und Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs leisten mit ihren ehrenamtlichen Mitgliedern und Helfern unverzichtbare Dienste im Sinne der Sicherheit der niederösterreichischen Bevölkerung.

Gerade diese Blaulichtorganisationen sind durch die im Jahr 2007 erfolgte Erhöhung der Mineralölsteuer und vor allem von der in den letzten und Wochen und Monaten aufgrund eines ständig steigenden Ölpreises zu beobachtende Entwicklung der Treibstoffpreise besonders belastet.

Um angesichts dieser zusätzlichen finanziellen Belastung auch weiterhin im Dienste der Allgemeinheit in vollem Ausmaß einsatzbereit bleiben zu können, benötigen die niederösterreichischen Blaulichtorganisationen neben den von Land und Gemeinden bereitgestellten Mitteln zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten.

In diesem Sinne hat der Landtag von Niederösterreich am 28.6.2007 die Landesregierung aufgefordert, dass diese bezüglich der Prüfung einer Möglichkeit, wie den Feuerwehren aus der bundesweiten Mineralölsteuer zusätzliche Mittel zugeteilt werden können, an den Bund herantritt.

Angesichts der durch die steigenden Spritpreise immer größer werdenden Belastung der Blaublichtorganisationen ist es höchst an der Zeit, dieses Anliegen einer raschen und ernsthaften Prüfung zu unterziehen und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um den Blaublichtorganisationen zusätzliche Mittel aus den Einnahmen der bundesweiten Mineralölsteuer zur Verfügung zu stellen. Eine Beteiligung an den Steuermitteln der Mineralölsteuer ist umso gerechtfertigter als die Blaublichtorganisationen wertvolle Dienste für das Gemeinwohl leisten.

Der Gefertigte stellt daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese rasch konkrete Maßnahmen prüft, wie zusätzliche Mittel aus der bundesweiten Mineralölsteuer für die Blaublichtorganisationen bereitgestellt werden können.“